

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für

den Freistaat Sachsen



Erscheint werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspunkt: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.
Herausgeber: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postcheckkonto Dresden Nr. 2486. — Stadtgirokonto Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 30 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amischen Teile 60 Pf., unter Einschluß 30 Pf. Erhöhung auf Geschäftsanzeigen, Familiennotizen u. Stellenangebote. — Schluss der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Blätter, Verkaufsjährige von Holzplanten auf den Staatsforstrevieren.

Verantwortlich für die Redaktion: J. V.: Oberregierungsrat Hans Bloch in Dresden.

Nr. 227

Dresden, Dienstag, 29. September

1925

Einstellung des Personalabbaus in Preußen.

Berlin, 28. September.

Das Preußische Staatsministerium hat dem Staatsrat den Entwurf eines Gesetzes über die Einstellung des Personalabbaus und Änderung des Preußischen Personalabbaubevorordnung mit der Bitte zugehen lassen, sich mit Rücksicht auf die Trüglichkeit der Vorlage möglichst bald gutschreiben zu dürfen. Der Entwurf schiebt sich in allen wesentlichen Punkten dem Vorzeichen des Reiches an.

Verhandlungen über die Beamtenbesoldung.

Berlin, 28. September.

Die Besprechungen der Beamtenorganisationen mit dem Reichsfinanzministerium, die schon in der vorigen Woche fortfinden sollten, infolge der Beratungen der Reichsregierung über die Salzfrage jedoch unterbleiben mußten, finden am Donnerstag, den 1. Oktober, nachmittags 4 Uhr statt. Der Reichsfinanzminister wird an den Verhandlungen über die Besoldungsfrage persönlich teilnehmen.

Reichsbannerntag in Regensburg.

München, 28. September.

Im Regensburg hielt das Reichsbanner am Sonntag seine Bannereiche, zu der aus dem ganzen Lande mehrere Tausende von Kameraden zusammengetreten waren. Den Höhepunkt der Feier bildete die Feste, die an Stelle des im letzten Augenblick verhinderten Reichsklanges a. D. Marx, gegen dessen Er scheinen in der reaktionären Presse außerordentlich gehetzt worden war, den Vorsitzende der Windthorst-Bünde, der Reichstagsabgeordnete Krone (Berlin), übernommen hatte. Nachdem es das Reichsbanner als das Symbol für Groß-Deutschland charakterisiert hatte, mahnte er zur Wahrung demokratischer Werte auch in Fragen der Kulturpolitik und erklärte zum Schluss: "Freunde, wer hat diese stolze Stadt erbaut? Der aufsteigende Bürgerstand des Mittelalters. Der Adel, die Feudal-Herren regierten damals. In jährem Ringen errang der neue Stand der Bürger Position um Position. Heute steht er am Ruder, doch großartig, kraftvollend, kommt heute noch ein neuer Stand hoch: das Arbeiterviertum. Es ringt um seinen Platz in der Gesellschaft. Man will ihm diesen Platz verwehren, wie man es einmal dem Bürgertum tat. Ein letztes Beginnen. Freunde! Wir wollen zu jenen gehören, die die Not des Proletariats sehn, die den Sinn dieser um seinen Platz kämpfenden Arbeiterschaft verstehen. Dann erfüllen wir die Aufgaben, die uns die Zeit zu lösen gestellt hat: Friedensbringer zu sein im Streite für soziale Gerechtigkeit. Kameraden vom Reichsbanner, das ist die soziale Parole unseres Banners Schwarz-Rot-Gold!"

Der Reichsbannerprozeß von Grevesmühlen.

Moskau, 28. September.

Am Dienstag hat in Grevesmühlen der Reichsbannerprozeß von Grevesmühlen seinen Anfang genommen. Es stehen 17 Einwohner von Grevesmühlen vor dem Richter, in der Mehrzahl Angehörige des Reichsbanners, die samt und sonder mit Ausnahme von geringen Geldstrafen vollkommen unbescholt sind.

Diese Reichsbannerleute sollen die schwerbewaffnete Meißner-Gewerkschaft und den ebenso bewaffneten Frontbahn am 6. Dezember v. J. überfallen und mißhandelt haben. Die Ermittlungsbehörde hat jedoch schon damals festgestellt, daß die Einleitung der Schlägerei von den "Oberhau"-Leuten provoziert worden ist und die Reichsbannerleute erst nach fortgeschrittenen Attacken in der Frontbahn gegen die Meißner Front morden und sie dann allerdings ganz gehörig verbluteten.

Von den Angeklagten sind acht ältere oder längere Zeit in Untersuchungshaft festgehalten worden. Der Abtsführer soll eine 30-jährige

Das Vorspiel zur Paxkonferenz.

Die Erklärungen der Botschafter in Paris und London.

Paris, 28. September.

Der deutsche Botschafter v. Hoesch wurde in Verfolg des Besuches, den er am Sonnabend nachmittag dem Generalsekretär des französischen Außenministers, Berthelot, abgesattelt hat, heute nachmittag um 5 Uhr durch den französischen Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Briand, empfangen. Die Unterredung dauerte etwa eine Stunde. Der Botschafter brachte nochmals die Annahme der an die Reichsregierung gerichteten Einladung zu einer Ministerbegegnung zw. Verhandlung über den Abschluß eines Sicherheitspaktes zur Kenntnis. Am Anfang dazu kam eine Reihe mit der Einladung zusammenhängender Nebenfragen zur Sprache, von denen einige noch nicht gelöst sind.

Über die mündlichen Erklärungen der deutschen Botschafter in Paris und London, die sie bei der Überreichung der deutschen Antwortnote auf die Einladung der Alliierten abgegeben haben, weiß das "Berliner Tageblatt" mitzuteilen, daß der deutsche Botschafter in London Schämer in den die Übergabe der Note begleitenden Worten einmal die Schuldfrage berührte, dann auf das Memorandum der deutschen Regierung vom September 1924 über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund verwiesen und auch die längst fällige Räumung der Kölner Zone erwähnt habe.

Die Verzögerung des Beginnes der Paxkonferenz wird von der "Börs. Bl." auf diplomatische Erklärungen zurückgeführt, die im Anschluß an die mündlichen Mitteilungen des deutschen Botschafter von den Weltmächten gewünscht worden seien. Der englische Botschafter in Berlin, d'Albion, und der französische Botschafter, de Margerit, hätten bereits geheißen in der Wilhelmstraße vorgesprochen. Wie das gleiche Blatt wissen will, soll auch die Veröffentlichung der deutschen Note nicht, wie angekündigt, am Dienstag, sondern erst am Mittwoch erfolgen.

Interview Sauerwein-Stresemann.

Berlin, 28. September.

Nach Mitteilungen an die Zeitungen hat der Reichsminister Dr. Stresemann in dem Interview mit Sauerwein folgendes erläutert: Ich begrüße es, daß der Botschafter Hoesch morgen Gelegenheit hat, dem Minister Briand gegenüber die von deutscher Seite abgegebenen Erklärungen auch persönlich übermitteln und erläutern zu können. Die deutsche Regierung hat ihrerseits wiederholt erklärt, daß sie ein positives Ergebnis der Ver-

handlungen über den Sicherheitspakt begrüßen würde. Die von unserem Botschafter abgegebenen Erklärungen bezweden gerade, diejenige Atmosphäre gegenseitiger inniger Gleichberechtigung zu schaffen, welche die Voraussetzung für ein gutes Ergebnis der Ministerkonferenz ist. Als Weitere hat Sauerwein hinzugefügt. Über eine Verlängerung des Termins der Konferenz liegt amtlich nichts vor.

Die Londoner Aussöhnung.

Paris, 28. September.

Havas berichtet aus London: Die Veröffentlichung des Textes der deutschen Antwort auf die Einladung zu einer Sicherheitskonferenz ist bis Donnerstag verschoben worden. Die Auffklärungen, die der Botschafter Schämer zur Note gegeben hat, berühren in keiner Weise den guten Eindruck, den die deutsche Antwort in diplomatischen und politischen englischen und alliierten Kreisen herverursacht hat. Die englische Regierung verzerrt den Standpunkt, daß alle Fragen betrifft den Sicherheitspakt oder um offizielle Schiedsverträge handele, in Locarno Regelungen werden würden. Ob die Konferenz am 5. Oktober beginnen wird, kann erst nach den Verhandlungen, die Briand und Botschafter v. Hoesch führen, entschieden werden.

Der "Tempo" zur Kriegsschuldsfrage.

Paris, 28. September.

Die neuesten Pariser Pressestimmen zeigen bereits, daß die deutschen Vorbehalte den lebhaftesten Unwillen auslösen. Zur Kriegsschuldsfrage weiß der "Tempo" darauf hin, die Verantwortung für die Kriegsschuldsfrage sei in dem Artikel 231 des Friedensvertrages festgelegt und kein Widerruf kann die Wirkung dieses von Deutschland gemachten Schuldbekenntnisses verhindern. Keine Macht sei in den Fällen, die Artikel 231 aufzuheben, der auch vollkommen rechtstiftig, von den für den Krieg verantwortlichen Nationen die Reparationen zu verlangen, die ihnen von den Alliierten aufgelegt worden seien. Was die Räumung der Kölner Zone betrifft, so lehrt man nicht, welche Versicherung Deutschland gegeben werden könnte, da es allein von ihm abhängt, daß die erste rheinische Besatzungszone von den Alliierten verlassen werde. Die Räumung der Kölner Zone und der Abschluß eines rheinischen Sicherheitsvertrages seien zwei voneinander unabhängige Probleme.

alle Arbeitersfrau Martha Schmedemann gewesen sein.

Im Grevesmühlener Raum ist aber seit Monaten fortgesetzte zu Schlägereien, die immer wieder von den Meißnern, die in einzelnen Trupps bei Gadebusch, Schwerin und Grevesmühlen untergebracht waren, herausgezogen wurden. In der nächsten Umgebung von Grevesmühlen waren etwa 300 Männer "eingekwartiert", die hier mit Revolver und Dolch herummanipuliert und fortgesetzt das Leben anderer Leute bedrohten.

Abgelehntes kommunistisches Bündnisangebot.

Berlin, 28. September.

Der "Vorwärts" veröffentlicht ein Geheimzirkular der Kommunistischen Partei Deutschlands, das Richtlinien für den kommenden Groß-Berliner Stadtvorortenwahlkampf enthält und in dem es u. a. heißt:

"Wie müssen betonen und zwar scharf betonen, daß die K. P. D. bereit ist, mit der S. P. D. gemeinsam für die Durchführung einer Reihe von Forderungen zu kämpfen, die auch von der S. P. D. aufgestellt und von der großen Masse der welt-

mit ihrer Politik auf den Hund gekommen sind, und glauben, durch ein Bündnisangebot an die eben noch verläßtigte Sozialdemokratie ihre arbeiterfeindliche Politik vergessen machen zu können.

... Man könnte trotzdem vielleicht mit den Kommunisten darüber reden. Wenn man auch nur den geringsten Anhaltspunkt dafür hätte, daß diese tatsächliche Wendung irgendwie ernst gemeint sei. Die Kommunisten würden es wahrscheinlich selber als Beleidigung empfinden, wenn man ihnen bei diesem neuen Wande auch nur im geringsten Zwecktraut wolle. Sie sind im Gegenteil wahrscheinlich darüber froh darauf, daß sie ja jetzt wohl zu "mautieren" verstehen."

... Der niedere Sinn dieser Schwungung ist leicht zu verstehen: ja nur das Einheitsband von dem vollständigen Bankrott der kommunistischen Taktik. Was fällt, soll man hören. Mit den berufsmäßigen Juristen der K. P. D. im Rücken kann die Arbeiterbewegung sich nicht durchsetzen. Es muß sie mit ihnen austräumen, und das wird sie auch im Berliner Wahlkampf gründlich besorgen."

Der Sparkassenprozeß Liebenwerda.

Torgau, 28. September.

Vor dem Großen Schöffengericht in Torgau begann am Montag der Prozeß gegen den Landrat des Kreises Liebenwerda, Vogl, und den Direktor der Kreissparkasse Merseburg. Beide sind zum Vorwurf gemacht, zugunsten der Wirtschaft Georg Schmidbahn in Nügelnwalde die Kreissparkasse um mehrere hunderttausend Mark geschädigt zu haben. Meines soll der Firma Schmidbahn einen größeren Kredit aus der Sparkasse gegeben haben, trotzdem diese Firma vor dem Zusammenbruch stand. Vogl soll dem Sparkassendirektor dabei durch Rat und Tat Beihilfe geleistet haben. Der Prozeß erzeugt bei den Einwohnern des Kreises großes Interesse.

Bei Beginn des Prozesses lehnte die Vertheidigung einen der kommunistischen Partei angehörigen Schöffen ab, da Landrat Vogl mehrfach mit der Kommunistischen Partei Differenzen gehabt habe. Das Gericht wies den Antrag jedoch zurück. Die Verhandlung beschränkte sich am ersten Tage auf die Vernehmung der beiden Angeklagten und suchte Klarheit darüber zu schaffen, ob sie sich einer strafbaren Handlung bewußt gewesen sind. Die Angeklagten erklärten, daß sie bei der Vermittlung des Kredits sich im guten Glauben befunden hätten, die Firma Schmidbahn, die Weltkrieg genoss, sei noch völlig kreditsfähig. Der vermittelte Kredit sollte dazu dienen, den Kreis vor einem Schaden zu bewahren, der durch einen zu Tiefstand geangegangenen Wechsel entstanden war, den der Kreis Liebenwerda mit Genehmigung des Kreisausschusses auf die Bausparkasse in Berlin gegeben hatte. Ein Brüderprozeß mit dem Wechsel in Essen wegen dieses Wechsels ist in letzter Instanz zugunsten des Kreises Liebenwerda entschieden worden.

Eine Koalition von Ordnungsbund und Kommunisten.

Dortmund, 28. September.

Vor wenigen Tagen erfolgte in Herne i. W. die Wahl eines neuen Oberbürgermeisters. Das Zentrum verlor, in der zu 50 Prozent katholischen Stadt unter Zustimmung der Demokraten und Sozialdemokraten ein Mitglied seiner Partei durchzubringen. Durch eine Koalition des sogenannten "Ordnungsbünds" mit den Kommunisten wurde das vereilt. Der Ordnungsbund trat in persönliche Führung mit den Kommunisten, um den Katholiken als Oberbürgermeister unmöglich zu machen. Die "Germania" sieht sich deshalb zu folgender Feststellung veranlaßt:

"Diesmal muß auch der harmloseste Nachbar, der sich als besonders national ausspielen kann, sich selbst einsetzen, daß jetzt ein Volk mit den Kommunisten nicht verschmäht wird, um einen Katholiken zu Fall zu bringen. Die Alten aber diese Oberbürgermeisterewahl sind noch nicht geschlossen. Auch der wichtigste Katholik hat im Ernstfall von diesen traditionell evangelischen Parteien nichts zu erwarten."

Stellung des Reichsverbandes der deutschen Industrie zur Kartellfrage.

Berlin, 28. September.
Der Vorstand des Reichsverbandes der deutschen Industrie berichtet in seiner heutigen Sitzung die Beschlüsse des Reichskabinetts in der Kartellfrage und die anschließenden Maßnahmen des Reichswirtschaftsministeriums. Wie W. L. B. hierzu erläutert, wurden für die weiteren Beratungen der Aufstellung des Reichsverbandes der deutschen Industrie Richtlinien aufgestellt. Diese bezwenden die volle Aufrechterhaltung des allgemeinen Vertrauens in die Stabilität der deutschen Währung im Sinne der niederkotierten Darlegungen des Reichspräsidenten Dr. Schacht.

Die Besetzung des Reichsdiskiplinarhofes.

Berlin, 28. September.
Zwei "Reichsanwälte" wurden zu Mitgliedern des Reichsdiskiplinarhofes wieder ernannt: als Präsident der Präsident des Reichsgerichts Simons, als stellvertretende Präsidenten die Senatspräsidenten Voß und Mansfeld, als Mitglieder die Reichsgerichtsräte Beller, Warnecke, Ad. Müller und Neh, sowie der bayerische Gesandte v. Preger, alsstellvertretende Mitglieder des sächsischen Gesandte, Reichsminister a. D. Grabmayer, der hessische Gesandte v. Siegelsleben, der Hamburger Bürgermeister Petersen, der mecklenburgisch-schwerinische Gesandte Tischbein und der braunschweigische Gesandte v. Boden.

Überzeichnung der bayerischen Anleihe in New York.

New York, 28. September.
Die bayerische Staatsanleihe wurde heute zu 100 bis 88½ Proz. je nach Fälligkeit, zur Bedienung aufgelegt. Der Anleihebetrag von 15 Mill. Doll. wurde beträchtlich überzeichnet. Der Anfang war geradezu stürmisch zu nennen und aus allen Teilen des Landes gingen Bezeichnungen ein.

Die Entwicklung der Erwerbslosenfürsorge in der ersten Dezemberhälfte.

Berlin, 28. September.
Am 1. September von Anfang bis Mitte September 1925 ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge von 231000 auf 251000, d. h. um rund 9 Proz. gestiegen. Im einzelnen hat sich die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger von 209000 auf 229000 erhöht. Die der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger hat sich nicht wesentlich geändert. Die Zahl der Zuslagsempfänger (unterstützungsberechtigte Angehörige von Hauptunterstützungsempfängern) ist von 287000 auf 306000 gestiegen.

Entschädigung an Kriegsbeschädigte.

Berlin, 28. September.
Kriegsbeschädigte, die im Dezember 1922 eine Rente von 20 Proz. nach den Vorschriften des Reichsversorgungsgesetzes bezogen haben, oder denen die Rente später entzogen wurde, erhielten nach der Novelle zum Reichsversorgungsgesetz vom

Jahre 1923 eine wertlose Papiermarkabsindung. Ihnen kann, wie der Reichsbund der Kriegsbeschädigten mitteilt, auf Grund des Artikels 11 des Gesetzes zur Änderung des Reichsversorgungsgesetzes vom 25. Juli 1925, wenn sie aus der Rentenversorgung ausgeschieden und nicht wieder rentenberechtigt geworden sind, einmalig der Betrag von 50 RM. gewährt werden. Voraussetzung ist, daß das Durchschnitt-Monatsinkommen ohne Trau- und Kinderzulagen 200 RM. nicht übersteigt. Der Antrag muß bis spätestens 1. März 1925 an das zuständige Versorgungsamt gerichtet werden; ihm sind Gehalts- oder Lohnbescheinigungen der Arbeitgeber beizufügen. Die Voraussetzen des Einkommensverzuges über Einkommensmäßigung zum Zwecke der Steuerverjährung finden bei dieser Bezeichnung des Einkommens keine Anwendung, jedoch können Beiträge zu Alters-, Invaliden- und sonstigen Versicherungen und die Steuerabzüge vom Lohn berücksichtigt werden. Antragsteller, die nicht im Gehalts- oder Lohnverhältnis stehen, müssen in anderer geeigneter Form den glaubhaften Nachweis über ihr Durchschnitts-Monatsinkommen in letzter Zeit führen.

Reichsstatistik.

Berlin, 27. September.
Von den "Bierzeljahrheften zur Statistik des Deutschen Reiches" ist das 3. Heft des Jahres 1925 soeben im Verlag von Reimer Hobbing in Berlin SW 61 erschienen. Es enthält 14 Statistiken. Herausgegeben seien die Veröffentlichungen über die deutsche Seegefischer im Jahre 1924, Zulassung von Werftpapieren an den deutschen Booten im Jahre 1924, Schlachtwie- und Fleischbeschaffung im 2. Bierzeljahr 1925, Viehhaltung und Ermittlung der nicht beschäftigten Haushaltsschlüsse am 1. Dezember 1924, Brantweinbrennerei-Brantweinverbrauch und Brantweinverbrauch in Jahren 1923/24, Tabaksteuer, Statistik im Jahre 1923, Statistik der Preise, Bestands- und Kapitaländerungen der deutschen Kleinstgesellschaften im Jahre 1924, Konkurs- und Geschäftsaufschlagsstatistik für das 2. Bierzeljahr 1925, Statistik der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte im Jahre 1924 und deutsche Arbeitsmarktstatistik.

Alte politische Nachrichten.

Berlin, 28. September.
Am 1. September hat die Auskunftsstelle für Berufsberatung des Centralinstituts für Erziehung und Unterricht (Berlin W. 36, Postdamer Str. 120) ihre Tätigkeit wieder aufgenommen. Die Auskunftsstelle wird vor allem den Schulbehörden, den Lehrern und Jugendprüfern Anregung und Anleitung zur Berufsberatung geben, Auskünfte über Literatur und praktische Durchführung der Mitarbeit der Schule an der Berufsberatung erteilen und Umfragen zur Bewertung der zwischenzeitlich gesammelten Erfahrungen veranstalten.

Breslau, 28. September.
Max Högl, der als Protest gegen seine Behandlung im Buchbau von Großherzoglich in den Hungerkreis getreten war, hat nach der "Bossig" wieder Nahrung zu sich genommen. In den nächsten Verhandlungstage wird eine große Reihe Fragen erscheinen, die als Geldgeber oder als Mitglieder des Kreisausschusses bei dieser Kreditgewährung eine Rolle spielen. Von Ihren Aussagen und deren Bewertung wird es abhängen, ob den Angeklagten, besonders dem Landrat Vogl, der Vorwurf einer leichtfertigen oder gar verbrecherischen Handlung gemacht werden kann.

Kunst und Wissenschaft.

Wie die Vögel das Fliegen lernten.

Wie der heute so hoch entwickelte Flug mit der Flugmaschine von mühseligen Schwierigkeiten mit einem mit Stoff überspannten Rahmen ausgegang, so hat auch in der Tierwelt das Fliegen mit einer Art gleitendem Fallschirm begonnen, um über zahllose Entwicklungsschichten hinweg die Ordnungswelt zu besiegen. Dieser Fallschirm wurde, wie Kurt W. Neumann im "Neuwalde Universum" austellt, aus zweierlei Art gebildet durch Neuerwerb von Organen oder durch Umgestaltung der Gliedmaßen, die die Tiere schon hatten. Den ersten Weg gingen die Insekten, unter denen es bei weitem am meisten Flieger im Tierreich gibt, den zweiten die Wirbeltiere, von denen heute rund 1300 Vogelarten und 600 Arten von Fliegendermäusen fliegen können. Die Art, wie die Umbildung der Vordergliedmaßen bei den Wirbeltieren vor sich ging, war bei den ausgeführten Flugsauriern anders als bei den fliegenden Säugetieren, den Fliegendermäusen und ihren Verwandten. Die geflügelte Eule der Iura- und Kreidezeit flog gleichsam mit einem einzigen Finger, und zwar gerade mit dem stärksten, der sonst der "kleine" ist, der aber bei den Sauriern sehr verhältnismäßig verlängert war und eine leistende Hautfolie des Kumpfes und Arms als tragende Flugschläuche auszubilden hatte. Bei den Flatterfliegern, den Fliegendermäusen, erstreckt sich dagegen die Halschwinge mindestens bis an die Hinterbeine und wird durch den hinteren bis fünften Finger nach Art eines Regenschirms ausgespannt. Bei unseren heutigen Vögeln tragen die zum Teil verwachsenen Handknöchel gemeinsam mit dem Unterarm die Federn, die die Flugschläuche bilden. Saurier, Fliegendermäuse und Vögel lernten ganz unabhängig voneinander fliegen, und anfangs war die Flughaut zweifellos vielmehr nur

ein Falshaut als ein Mittel zum Aufwärtssteigen, aus dem Herabgleiten und Schweben zur Verlängerung eines Sprungs entwidmet sich langsam ein unbedeutendes Dordeln, bis sich die Flugschläue einstellt und allmählich brauchbare Werkzeuge schafft. Alle fliegenden Tiere sind entweder noch Kleiner oder sie sind es zweifellos früher gewesen; sie leben als solche also auf Bäumen und hatten reichlich Gelegenheit, auf Falshaut verwendbare Körperseinrichtungen wirklich als solche auszunutzen. Wie solche Tiere die Paus durchsegeln, zeigen am besten die in Ostindien lebenden Flugschwalben; sie brauchen Arme und Beine, um ihren Falshaut anpassen, der aus einer dicken Haut an beiden Körperseiten besteht. Ein buschiger Schwanz dient ihnen als Steuerruder, das ihnen die Möglichkeit gibt, mittler im Flug zu steuern, durch plötzliches Wendeln die Richtung zu ändern. Man hat die Flugschwalben schon 60 m weit von Baum zu Baum gleiten sehen, und doch werden sie in der Sprungweise noch vom Raguang oder Flatterflug überflügelt, dessen Falshaut besteht am Halse beginnend, sich über alle vier Beine erstreckt und erst an der Spitze des kurzen Schwanzes endet. Er kann einen Schwung auf 70 m ausführen, wobei er auf je 2 m nur 1 m sinkt. Die Vögel haben demzufolge von vorherhin ihre verdeckten Vordergliedmaßen als Falshaut benutzt. Die Übergänge vom Falshaut zum Flügel im einzelnen aufzuzeigen, ist aber nicht möglich, denn gerade diese ersten Anfänge hatten keine Aussicht, erhalten zu bleiben. Es gibt kein Werkstück, das "Schwingen" von einer Art besitzt, die als Vorstufe für den Flügel der heutigen Vögel direkt oder indirekt gelten könnte. Wie wissen nur, daß die Vogelarten ganz ausgesprochene Baumtiere waren und Kleinerfähigkeit besaßen. Das Verdachts, schnell von Baum zu Baum zu gelangen, führt zum Fliegen und Schwung, der Anfangsphase des wirklichen Fliegens, wobei sich natürlich die Vorderbeine zum Flugwerkzeug formten, da sie nur schwanken, daß die Stütze nicht ohne

Eine Kundgebung der Universität Wien für den Anschluß.

Wien, 29. September.
In Ausführung des Beschlusses des im Juni in Wien abgehaltenen Hochschultages erläutert die Universität Wien eine Kundgebung, in der es unter anderem heißt: Wir erkennen es als ein Gebot der Völkergerichtlichkeit, daß dem einmütigen Willen des Volkes in Österreich entspricht und ihm die durch das Völkerrecht und die geschlossenen Verträge ermöglichte staatliche Vereinigung mit Deutschland nicht gehindert werde. Österreich erblickt in dieser Vereinigung die einzige Möglichkeit, den wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Bestand zu erhalten. Durch die Vereinigung würde nur ein Zustand wiederhergestellt, der über 1000 Jahre zu Recht bestand. Wenn Österreich sich Kraft des vom Präsidenten Wilson unter Zustimmung der ganzen Welt feierlich verkündeten Selbstbestimmungstreites der Völker mit Deutschland vereinigt, so ist dadurch das wärmste Volkserst der dauernden Friedens in Europa erreicht.

Verhandlungen des Bundeskanzlers Ramel mit den Parteien über die Generalschlüsse.

Wien, 29. September.
Die "Neue Freie Presse" meldet: Bundeskanzler Ramel wird morgen mit den Parteien wegen der Unschlüssigkeit verhandeln, die in der Donnerstagssitzung des Nationalrates zur Abstimmung gebracht werden soll. Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, empfiehlt die Einschätzung die Resolution und Vorschläge des Völkerbundstaates zur Kenntnis zu nehmen unter der Bedingung, daß mit dem 1. Januar 1926 die Kontrolle des Generalschlusses auf die veränderten Einnahmen und die Verwendung des Restes der Völkerbundsteile beschränkt und nach der Genehmigung des Staatsbauschlusses für 1926 und der Vorlage des Rechnungsbuchschlusses für 1925 beendet wird. Die christlichsoziale Partei und die großdeutsche Volkspartei werden, wie verlautet, die Einschätzungen annehmen. Die sozialdemokratische Partei wird räzogen stimmen. Der Handbund hat die Entscheidung noch vorbehalten.

Die Vernehmung Rakossy.

Budapest, 28. September.
Wie die Montagsblätter melden, wurde das Verhör des gewissenlosen Volkskommissars Rakossy den ganzen Sonntag über fortgeführt. Er gestattete in seiner Aussage sämtliche Verhörmomente der Polizei und gab eine genaue Liste der Budapestster Teilnehmer an der sogenannten Maikonferenz in Wien. Auf die Frage, wie er sich als gewissenloser Volkskommissar zu der Reise nach Budapest entschließen konnte, antwortete Rakossy nach längerem Schweigen: "Ich mußte zwischen zwei Leben wählen." Wehe war, was ihm über diesen Punkt nicht heranzubringen. Er schrie sobald aus, daß die Budapestster kommunistische Organisation wesentlich in zwei Gruppen eingeteilt war. Die eine hatte die Aufgabe, die erwachsenen Arbeiter für die kommunistische Bewegung zu gewinnen, die andere sollte eine rege Propaganda unter den jugendlichen Arbeitern entfalten.

Die Ereignungen der Polizei haben ergeben, daß einzelne Säden der Verschwörung nach Siebenbürgen führten, und die Budapester Oberhauptmannschaft hat bereits die nötigen Schritte unternommen, um die dortigen Führer der Bewegung unbedingt zu machen. In der Stadt Regensburg wurden gestern nachmittag zwölf junge Gewerke verhaftet und nach Budapest gebracht, da sie ebenfalls an der kommunistischen Agitation teilgenommen haben. Ihre Verhöre wird heute vorgenommen. Wie ein Budapester Morgenblatt wissen will, soll die Vereinigten Gesellschaften der Uralo zwei in der Budapester Gesellschaft wohlbeliebte Herren, die Muszisz aus ihrer Europareise in Jugland angelangt sind, in ihrem Hotel verhaftet haben, wobei ihnen erklärt wurde, daß sie solange als Geiseln betrachtet würden, bis die russische Regierung Gewissheit über das Schicksal Rakossy habe. Das Blatt gibt diese Nachricht mit Vorbehalt wieder.

Auslösung der tschechischen unabhängigen Sozialisten.

Prag, 28. September.
Der Kongress der Unabhängigen Sozialistischen Partei, dem im ganzen 110 Delegierte der Partei bewohnten, beschloß nach umfangreicher Debatte den Austritt aus der zweiten Internationale und den Eintritt in die dritte Internationale, j. o. wie der Anschluß an die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei. Die Unabhängigen Sozialistische Partei hat ungefähr 10000 eingeschriebene Mitglieder. Der Schluß der Partei einigten sich auf Kenntnis genommen.

Die Wirkungen des britischen Seemannsstreikes.

London, 28. September.
17 Passagierdampfer sind anerkannt in dem vorgesehenen Datum von England nach Südafrika bez. Australien und Neuseeland abzufahren, da die Mannschaften den Dienst verweigern. In Südafrika liegen infolge des Seemannsstreikes 16 Dampfer, in Australien und Neuseeland 56 Dampfer fest.

Eröffnung der Stockholmer Luftverkehrskonferenz.

Stockholm, 28. September.
Die Internationale Luftverkehrskonferenz wurde heute früh im Reichstag eröffnet. 15 Länder haben Vertreter entsandt. Unter den Anwesenden wurde auch der Generaldirektor der Internationalen Luftfahrtkommission W. A. Roper bemerkbar. Außerdem hielt die Begrüßungsansprache. Er betonte vor allem die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit der Nationen auf dem Gebiete des Luftverkehrs. Zum Vorsitzenden der Konferenz wurde Generaldirektor Juhlin gewählt. Rödbom begann die sachlichen Beratungen mit einer Erörterung des Frage des Luftverkehrs bei Nebel, während der Nacht und im Winter. Das zweite Diskussionsthema war die Frage der Maßnahmen zur Hebung der Regelmaßigkeit im Luftverkehr und der Sicherheit der Reisenden. Geheimer Regierungsrat Hirsch erörterte das Thema insbesondere vom meteorologischen Standpunkt aus.

Qualität ist, daß man aber von einer eigentlichen Stimmkultur noch kaum reden können. O. G. Klavierabend Schapiro. Auch in Dresden hat Vera Schapiro längst ihre große Gemeinde. Der Palmenkairosalao war gestern nicht mehr gefüllt, und man lauschte mit Sparsamkeit und Anteilnahme dem Spiel dieser blendenden Virtuosen, für die es technische Probleme nicht mehr zu geben scheint. Sie begann mit Friedemann Bachs Orgelsonate in D-moll, und schon hier ward ihr eminentes pianistisches Können allenfalls offenbar. In prachtvoller Anlage, Gliederung und Sicherung sauf sie das Gehälfte nach mit voller Erfassung der stilistisch wichtigen Momente. Am zweiten Stelle stand Carl Maria von Weber's erste große Sonate in C-dur (Werk 24). Hier hob die Pianistin das Melos (Adagio) mit der ganzen Innigkeit hervor, nicht minder die sprudelnde Melodiefreudigkeit des Romantrios, die im "Rondo-Presto" eine kaum zu übertreffende Blütezeit des "Perpetuum mobile" zeigte. Vielleicht hätte der "Frieschü"-Komponist gewusst: "Presto", aber nicht "Prestissimo"! Gleichviel, der Einlad war in jeder Beziehung zwangend und staunenswert. Wer spielt der Schapiro die Variationen über "Weinen, Klagen" und das "Crucifixus" aus der E-moll-Wiege Schuberts in der gleichen gewaltigen Ausdrucksstärke noch? Hier donnert und hämmert besonders die linke Hand mit einer Intensität, die überwältigend wirkt. Dagegen muß das an sich klanglose Potpourri: "Ländle" aus Aubert "Stimme von Portici" verblassen, wenn auch die Betonung des revolutionären Einzugs in dieser Musik einen Gegengang zur wibenden "Tannenella" bildete. Es rafe "der See", die übliche Damen-Mauer vor dem Podium erlangte ihre Zugabe. Viele erhöhten eine klasse Schapiro, die, wie die Agathe alle erwünschten Aufschläge geben können. An diesem Abend vermochte man nur feststellen, daß die Stimme nicht ohne

Die französisch-amerikanischen Schuldenverhandlungen.

Paris, 28. September.

Wie aus Washington gemeldet wird, bestätigt es sich, daß Gaullaz absichtigt, am Freitag abend auf dem Yacht "France" Amerika zu verlassen. Gaullaz soll erklärt haben, daß er sich durch nichts mehr aufhalten lassen, und daß er sicherlich ein in großen Fragen fertiggestelltes Abkommen mitbringe. Die nicht so wesentlichen Einzelheiten sollen dann von den Sachverständigen unter Leitung des französischen Botschafters bearbeitet werden. Gewisse Persönlichkeiten für die Meinung, daß der Anfang der ersten 10 oder 20 Kammerten 2 Prozent, der für die übrigen Zahlungen, die sich auf einen langen Zeitraum, vielleicht sogar auf 25 Jahre erstrecken sollen, 2½ Prozent betragen werden. Von anderer Seite werden demgegenüber auch die Zahlen 3 und 3½ Prozent genannt.

Dementi der Einnahme Adjirs.

Paris, 28. September.

Die spanische Botschaft in Paris läßt durch zwei Nachrichten von der Einnahme Adjirs, die vorgelesen veröffentlicht wurden, als unrichtig bezeichnen.

Rücktrittsgesuch Bianthrys.

Paris, 28. September.

Marschall Bianthry hat die französische Regierung gebeten, ihn von seinem Posten in Marocco abzuholen. Hawas meldet: In seinem Abschiedsschreiben an die Regierung führt General Bianthry noch aus, daß durch die letzten militärischen Operationen die Lage im Protektorat jenseit wieder hergestellt sei, daß er die in Anbetracht seines Gesundheitszustandes erforderliche Erholung erzielen könne.

Zwischenfall bei der Ankunft britischer Delegierter in New York.

New York, 28. September.

Bei der Ankunft von 40 britischen Delegierten für die Konferenz der Interparlamentarischen Union versuchte ein Trupp von 200 Kommunisten eine Kundgebung zugunsten des kommunistischen Mitgliedes des Unterhauses Sallavals zu verhindern. Die Polizei zerstörte die Massen.

Tschitscherins Warschauer Besuch.

Warschau, 28. September.

Der russische Außenkommissar Tschitscherin führte vor Warschauer Vertretern der ausländischen Presse u. a. eine folgendes aus: Meinen Besuch in Warschau beweise ich dazu, um die Grundlage für zünftige russisch-polnische Verhandlungen zu schaffen, die zuletzt zu einem Handelsvertrag führen sollen. Über den Sicherheitspakt erklärte Tschitscherin: Im England und Amerika sind Dokumente veröffentlicht worden, aus denen hervorgeht, daß England die völlige Isolation und Einschließung Sovjetrusslands anstrebt. Welche Haltung Deutschland gegenüber Russland enehmen wird, weiß ich nicht; doch muß ich sagen, daß

Natio als Lebenstreiter im Bergwerk. Bisher war es nicht möglich, bei Bergwerksfahrzeugen mit den vergrößerten Bergleuten direkt oder indirekt in Verbindung zu treten; man konnte nicht feststellen, ob die von der Außenwelt Abgesonderten noch lebten, wo und wie sie sich beanden und von welcher Seite hier eine Rettungsaktion unterkommen werden konnten. Beurkundet haben nun, wie in der "Umschau" berichtet wird, große englische und amerikanische Bergwerksgesellschaften Besuchs, die Radiotelephonie und Telegraphe in Bergwerksbetrieben als Verkehrsmittel und Rettungsmittel zu verwenden. Dabei kommen zwei Anwendungsmöglichkeiten in Betracht, die Übermittlung von Worten und Signalzeichen auf drahtlosen Wege und während der Verständigungswelle mit Hilfe vorhandener Drahtleitungen in Form der Hochfrequenztelephonie oder -telegraphie. Gruppenweise absteigende Bergwerkskolonnen sollen mit einem tragbaren kleinen Sender- und Empfangsgerät ausgestattet werden, das sowohl für drahtlose Übertragungen wie auch für Hochfrequenzleitungsübertragungen eingerichtet ist. Doch am Hörschrank ist eine oberirdische Gruppenstation für normale gesicherte Berufs eingebaut, die sich sowohl für drahtlose Zeichenübertragung wie auch für die Hochfrequenztelephonie auf Leitungen befinden kann. Ferner wird eine tragbare Station für eine Rettungskolonne mit Röhrensender und Teilempfänger eingerichtet. Sie kann Zeichen einer kleinen tragbaren Taschenstation eingeschlossen empfangen. Mit Hilfe des Peilrahmens läßt sich die Richtung der Unfallsstelle und sogar ihre Neigung gegen die Verortung stellte ziemlich genau bestimmen. Es ist zu erwarten, daß die Ausbildung von Bergleuten im einzelnen oder in Gruppen mit Röhrenapparaten in Zukunft ebenso wichtig sein wird wie die Wirkung von Spanngalvanos und Haken.

Der Segelwagen. Ein spätklassisch hochinteressantes Ereignis spielt sich am 20. September auf dem

Die Memeler Minderheiten im Völkerbundsrat.

Scharfer Protest des litauischen Vertreters.

Gens, 28. September.

Im Völkerbundsrat kam es heute vormittag zu einer langen Auseinandersetzung über die Frage, ob das vom Rat angewandte Verfahren die Regelung von Streitfällen über die Minderheiten auch auf die Beschwerden deutscher Minderheiten im Memelgebiet angewandt werden sollte.

Galvanovalas Litauen vertretet in teilweise außerordentlich heftigen Wendungen die These, daß der Völkerbundsrat überhaupt kein Recht habe, sich mit den Minderheitenfragen und anderen Beschwerden im Memelgebiet zu beschäftigen, da diese Fragen durch die Memeler Konvention geregelt seien. Er verlangte, daß derartige Klagen nur auf diplomatischem Wege behandelt und durch Maßnahmen bei Litauen gelöst würden, ohne daß Organe des Völkerbundes in Bewegung gebracht würden. Als Lord Cecil unter Zustimmung zu der von Schloja vertretenen Auffassung vorstieg, dem Generalsekretär Weisung zu geben, bei ihm einstehende Beschwerden über das Memelgebiet an die Ratsmitglieder zur Prüfung weiterzugeben, protestierte Galvanovalas sehr erregt, indem er erklärte, daß solche Weisung gegen die Memeler Konvention sei. Dann verließ er unter peinlichem Aufsehen der Ratsmitglieder seinen Platz am Ratsstuhl und den Rat verließ.

In dem von Guani Uruguay verfaßten Bericht zu der vom Rat behandelten Memeler Frage heißt es, daß die Memeler Konvention, die zwischen England, Frankreich, Italien und Japan auf der einen und Litauen auf der anderen Seite abgeschlossen wurde, von allen Vertragsstaaten ratifiziert worden und damit in Kraft getreten sei. Der Generalsekretär des Völkerbundes habe den Völkerbundsrat in einer Rolle auf zwei Artikel dieser Konvention, nämlich auf Artikel 11 und Artikel 17, aufmerksam gemacht. Artikel 11 befreist den Schutz der Minderheiten im Memelgebiet und sieht vor, daß für Petitionen von Minderheiten vom Völkerbundrat allgemein das übliche Verfahren angewendet werden soll. Artikel 17 besagt, daß jedes Ratsmitglied das Recht habe, die Aufmerksamkeit des Rates auf jede Verlehung der Bestimmungen der Memeler Konvention hinzuleiten. Dieser Artikel enthält jedoch, wie in dem Bericht gezeigt wird, keine Angaben betrifft das Vorverfahren, das schließlich zur Anwendung der Bestimmungen des Artikels 17 führen kann. Im zweiten Teile des Berichts wird ausgeschlossen, daß Litauen gleichzeitig in der Memeler Konvention auch die Übergangsbestimmung unterzeichnete, durch die es sich verpflichtete, sofort und ohne die Ratifikation des anderen Kontinenten abzuwenden. Die Memeler Konvention und die in deren Anhängen enthaltenen Bestimmungen durchzuführen. Auf Grund dieser Verpflichtung Litauens gingen in der Übergangszeit beim Generalsekretär Mitteln ein, die von der Verlehung gewiss er-

Bestimmungen der Konvention sprechen. Guanti schlägt in dem Bericht vor, daß, gleichgültig welches Verfahren der Rat zur Behandlung solcher Beschwerden beschließen werde, er ohne weiteres auf die bereits vorliegenden Beschwerden angewandt werden solle.

Der Bericht wurde vom Rat angenommen, jedoch also, wie gemeldet, dem Generalsekretär des Völkerbundes die Entscheidung überlassen bleibt, ob die ihm eingehende Beschwerde über eine Verlehung der Memeler Konvention von solcher Bedeutung ist, daß er die Ratsmitglieder informatorisch und ohne jede Stellungnahme davon in Kenntnis setzen möge.

Der Protokollentwurf zur Abschaffung der Sklaverei.

Gens, 28. September.

Der Völkerbundsrat hat in seiner heutigen Sitzung noch angeordnet, daß der von der diesjährigen Völkerbunderversammlung empfohlene Protokollentwurf zur Abschaffung der Sklaverei nicht nur den Regierungen der Völkerbundstaaten, sondern auch verschiedenen Nichtmitgliedern, darunter Deutschland und den Vereinigten Staaten zugestellt werden.

Die Abrüstungsfrage.

Gens, 28. September.

Das Ratkomitee, das sich mit der Gestaltung eines Programms für die Arbeiten der neu gebildeten Studienkommission für Abrüstungstage zu befassen hat, wird einige Tage vor Beginn der nächsten Ratssitzung im Dezember zur Sichtung des von verschiedenen Organisationen des Völkerbundes schon vorgelegten Materials zusammenkommen, um den Rat in die Lage zu versetzen, weitere Schlußfolgerungen zu erzielen, die Arbeitshandlungen der Kommission zu fördern.

Schlüß der Völkerbundsratssitzung.

Gens, 28. September.

Der Völkerbundsrat ist heute vormittag nach seiner öffentlichen Sitzung noch zu einer geschlossenen Sitzung zusammengetreten. Er beschloß u. a. die Entscheidung über den vom Oberkommissar des Völkerbundes in Danzig, Mr. Donell, erhobenen Einwand gegen die Errichtung einer polnischen Wache auf der Westerplatte auf seine Dejembelektion zu verlagern. Ferner beauftragte er den sächsischen General Laidoner, die jüngsten Vorgänge an der provisorischen Grenze des Moskaugebietes zu untersuchen. Damit ist die 35. Sitzung geschlossen. Die nächste Sitzung im Dezember wird in Genua und nicht in Rom stattfinden.

mein Besuch in Warschau keine Spur gegen Deutschland enthält. Der Eintritt Deutschlands auf den Napoloberttag hängt von der Bejahrung und der Art des Vorberhalts ab, die Deutschland dem Völkerbund gegenüber durchsetzt.

günstigen Rückwirkungen des Eintritts Deutschlands auf den Napoloberttag hängt von der Bejahrung und der Art des Vorberhalts ab, die Deutschland dem Völkerbund gegenüber durchsetzt.

Die Völkerbundsratssitzung.

Ausenverhaftungen in Teheran.

London, 29. September.

"Choko Tribune" meldet aus Teheran: Die persischen Behörden haben 12 Russen verhaftet, die mit der hiesigen Sowjetgesellschaft in Verbindung stehen sollen. Später wurde der Führer der russischen Gesandtschaft verhaftet, ebenso mehrere von der Gesandtschaft beschäftigte Drucker und Sekretär, die beschuldigt werden, Propagandaagenten hergestellt zu haben. Fast alle Angehörigen der Gesandtschaft wurden einem Kreuzverhör unterzogen, 30 von ihnen befinden sich noch in Haft. Die Polizeiwache vor der Gesandtschaft ist durch russische Truppen verstärkt worden. Die Regierung hat eine strenge Sanktion der Telegramme eingeschafft.

Die Sozialistenverhaftungen in Japan.

Tokio, 28. September.

Die Zeitung "Dicht-Dicht" teilt mit: Die Polizei hat endlich, zah die sowjetrussischen Arbeitervereinigungen den japanischen Sozialisten 1300000 Yen übergeben haben, ehe sie nach Japan kamen. Die Polizei bestätigt die Meldung nicht, aber dementiert sie auch nicht. Die meisten während des Besuches der russischen Delegation Verhafteten sind in Freiheit gesetzt worden. Einige der Führer werden wegen noch schwangerer Untersuchungen weiter in Haft behalten.

Eine Sowjetbank in Kobe.

Tokio, 28. September.

Die Botschaft der Sowjetunion teilt mit: Die Botschaft hat entschieden, daß die sowjetrussischen Arbeitervereinigungen den japanischen Sozialisten 1300000 Yen übergeben haben, ehe sie nach Japan kamen. Die Polizei bestätigt die Meldung nicht, aber dementiert sie auch nicht. Die meisten während des Besuches der russischen Delegation Verhafteten sind in Freiheit gesetzt worden. Einige der Führer werden wegen noch schwangerer Untersuchungen weiter in Haft behalten.

Die chinesische Volkskonferenz.

London, 28. September.

Reuter meldet aus Peking: Die chinesische Regierung hat entschieden, für die bevorstehende Konferenz über die Wahl sechs ausländische Sachverständige zu ernennen, drei sollen russischer, je einer tschechoslowakischer und japanischer Nationalität sein.

Die Streitlage in Shanghai.

London, 28. September.

Reuter meldet aus Shanghai: In sämtlichen vom Streik betroffenen englischen Baumwollspinnereien ist die Arbeit wieder aufgenommen worden. Angewiesen sind die chinesischen Telegraphenbeamten in den Streik getreten. Sie verlangen höhere Gehälter und bessere Arbeitsbedingungen.

Vom Landtag.

Dresden, 29. September. Von der Demokratischen Fraktion ist im Landtag ein Antrag eingegangen, die Regierung zu erüben, im November dafür einzutreten, daß der veröffentlichte Referentenentwurf eines Reichs-Schulgesetzes nicht zum Gesetz erhoben wird.

Von derselben Fraktion ist ferner der Antrag eingegangen, die Regierung um baldige Einbringung eines Abänderungsgegesches zum Personalabbaugesetz nach dem Vorgehen des Reichs und

Wahlrecht zu rufen. Der Eintritt Deutschlands auf den Napoloberttag hängt von der Bejahrung und der Art des Vorberhalts ab, die Deutschland dem Völkerbund gegenüber durchsetzt.

Die Völkerbundsratssitzung.

London, 29. September.

Die Völkerbundsratssitzung.

London

um Verhindern der weiteren Handhabung des bestehenden Personalausbaugesetzes in den Gemeinden durch Erlass einer Notverordnung zu ersuchen.

erner ist von der demokratischen Fraktion folgende Anfrage beim Landtag eingegangen: Wiederholte haben tschechoslowakische Flieger in der letzten Zeit die sächsische Grenze überflogen und dadurch große Unruhen bei der Grenzbevölkerung hervorgerufen. Den Gipfel tschechoslowakischer Herausforderung bedeutet es, daß am 23. September 1925, nachmittags zwischen fünf und sechs Uhr ein tschechoslowakischer Militärflieger das Landvergleiche zwischen Annaberg, Wolkenstein, Zschopau, Hirschstein bei guter Sicht durch einen offenbar Spionages zweiten dienende Erkundungsflug durchführte. Durch seine Festnahme bei Hirschstein, wo er notlandete, ist einwandfrei seine Nationalität festgestellt. Die Häufung der Fälle der Grenzverlegerungen durch tschechoslowakische Flieger veranlaßt uns, an die sächsische Regierung die Frage zu richten, ob sie bereit ist, mit aller Beleidigung bei der Reichsregierung vorsätzlich zu werden, damit diese auf die tschechoslowakische Regierung einwirkt, daß Grenzverlegerungen erwähnter Art ein für allemal unterbleiben.

Dresden.

* Alhambra-Lichtspiele (Wettinerstraße 12). Nachdem Besucher der Lichtspieltheater hofften zu weichen der Ordnung durch den Kopf, daß er nach dem Anhören eines Filmprogramms genug von der Illusion des Lebens im Bild habe. Er sieht sich nach einem Stil zwischen Leben. Diesem Bedürfnis kommt die Division Kritiker entgegen, indem sie neben das Filmprogramm ein Lektüreprogramm stellt. In dieser Woche wird das Lektüreprogramm durch die beflauenen Leistungen des Götzballatts Charlotte ausgestellt. Die Weltmeisterin führt ältere und mittlere Partner, unter den denkbaren umgänglichen Beziehungen, die durch den engen Bühnenraum bedingt sind, die schwäbischen Tänze des etwa 1900. Das Filmprogramm befriedigt den stärkeren Kinohunger; denn es bringt zwei Dramen mit hoher Aktion. Das Drama „Verleidungen“ zeigt Szenen aus dem modernen Gesellschafts- und Verbrecherleben, das Drama „Said“ schildert ein Völkertschicksal aus vergangenen Tagen. Die Deutig-Wochenrufe zeigen wie immer die letzten Feierlichkeiten im Bild.

* Der Winterfahrplan tritt am 4. Oktober in Kraft. Schon jetzt in die Winterausgabe der Storm-Ausübung erscheinen. Neben dem Storm-Ausübung Reich ist unter Verleihgebiet der Storm-Mitteldeutschland (1,60). Der Winterfahrplan auf vielen Straßen zum Teil erhebliche Änderungen bringt, empfiehlt sich sofortige Anhänger eines neuen Autobusses.

* Unterseite im Bereich der Reichsbahndirektion Dresden. Bei der Güterabfertigung Dresden-Alstadt wurden große Unterschreie aufgedeckt. Drei Beamte sind der Staatsanwaltschaft zugeführt worden. Die Untersuchungen beaufsichtigen sich auf rund 50000 Mark.

* Der neue Schönepoer hat diesen Tag der 1892 in der Umgebung von Baden geborene Wintersport-König, der gegen Südbaden fährt mit acht Monaten und erneut mit einem Jahr Gesangskunst sowie jungen anderen Tänzen verbreitet ist, zu verantworten. Im neuen Auftritt wurde nach längeren geheimer Beratung zu einem Jahr jeder Monat Gelangnis verurteilt, auch geht er drei Jahre der dänischen Chancenrechts vertrag.

Aus Sachsen.

Sächsischer Berufsschulverein.

Der Sächsische Berufsschulverein beging am vergangenen Sonnabend die Feier seines 25-jährigen Bestehens mit einer Festfeier im Saalbau der Abrechnung zu Meißen, der eine große Anzahl Ehrengäste, darunter Volksbildungsmittel Dr. Kaiser, sowie Regierungs- und Behördenvertreter bewohnten. Nach begrüßenden Worten des Vorstandes Oberlehrer Ing. Sachs, der u. a. betonte, daß der Bau des Berufsschulgebäudes heute fest begründet sei, daß der Gebau der Berufsschule maritiem und die Berufsschule ein Ausbildungsprogramm im Staate geworden sei, dessen Durchführung in treuer und gebildiger Arbeit zum Wohl und im Dienste der Volksgemeinschaft zu geschehen habe, ergriff Volksbildungsmittel Dr. Kaiser das Wort. Er überbrachte Glückwünsche und Glückwünsche des Ministeriums und wünschte das Berufsschulwesen als einen wichtigen Teil des sächsischen und deutschen Bildungswesens, das seiner Wertschätzung unbedingt sicher sei. Im Berufsschulverein steht er nicht allein und nicht in erster Linie die Vertretung der Interessen der Lehrerchaff, sondern einen Förderer des Volksbildungs-, des Berufsschulwesens, der ein gut Teil Verdienst mit daran habe, daß Sachsen mit seinem Berufsschulwesen in die Reihe an der Spitze marschiere. Wie Arnold von Wessels, der Reformator und große Schöpfer der heiligen Tagungsstätte, mit seinem Wissen und Können im Dienste der Kultur schöpferisch bewandt seiner Zeit voranschritt, so möge auch die Berufsschule den jungen Menschen erkennen lehren, daß Wissen und Können den Wert des Menschen ausmachen, daß aus dem Können Kunst und Kultur herauswachsen. Zum Weiterbauen in diesem Gedanken wünschte der Minister der Berufsschulwirtschaft alles Gute. An die folgenden Begehrungen und Glückwünsche durch Vertreter der Stadt, der Geistlichkeit, der Berufsschulwirtschaft Meißens u. a. schloß sich die Festrede des Direktors Studenten Burkhardt (Chemnitz) an.

Reichsverband deutscher Miet-einigungsräte.

Die Tagung des Reichsverbandes deutscher Mieteinigungsräte wurde am Montag früh im Konzertsaal des Ausstellungspalastes zu Dresden vom Vorsitzenden, Geschäftsführerpräsident Held, eröffnet, der die anwesenden Vertreter der sächsischen, bayerischen und preußischen Regierung, der Reichsauptmannschaft und vertretenen Kommunen und Justizbehörden begrüßte. Geheimrat Ministerialrat Dr. Vollmer vom sächsischen

Arbeits- und Wohlfahrtministerium sprach im Antrage der vereinigten Landesregierungen. Für die Stadt Dresden sprach Bürgermeister Käßche. Begrüßungsworte. Die Tohung, so führte er aus, beansprucht ein allgemeines Interesse. Einzelheitlich haben sich die Schwierigkeiten, die man von dem Übergang der Mieteinigungsräte an die Gerichte erwartete, nicht in dem befürchteten Maße eingestellt, man sond meistens einen Weg, um ein reibungsloses Arbeiten zu ermöglichen. Die neuen Reformpläne stehen unter der Lösung: „Bedeutung der Wohnungswirtschaft und der gebundenen Wohnungswirtschaft“. In einer Zeit, in der die Wohnungsnutzung vielfach am größten ist, kann man eine solche Lösung nicht recht vernehmen. Es sind die Verhandlungen der Tagung gelungen, die Regelungen in diesem Punkte vor Überleitung in bewahren. — Reichsgerichtsrat Vinz sprach

wurde, rotierten sich vornehmlich Angehörige des Werwolfs zusammen, so daß die Straße geräumt werden mußte. Des weiteren war ein schärfes Eingreifen der Polizei aus Anlaß der Sicherung eines Angehörigen des Staatsheims notwendig, weil Angehörige der Verbände, insbesondere wiederum Werwolfsleute drohten, den vorläufig festgenommenen zu bestreiten. Die Räumung der Straße gelang erst, nachdem die Landespolizei mit aufgespanntem Seilengewehr vorgehen gezwungen war. Trotz dieses Eingreifens waren Anträge der Landespolizei durch Angehörige der bayerischen Verbände fort. Vollständige Ruhe trat im Zentrum erst nach dem Abmarsch der Hauptgruppen ein. Des weiteren war es notwendig, neben einem aufgehobenen ständigen Streifendienst ein dauerndes Kommando nach dem Bahnhof zu schicken. Auch hier waren die Beamten erheblichen Anstrengungen ausgesetzt. Daneben ereigneten sich eine Reihe Schlägereien zwischen den Angehörigen der Verbände und politisch Anderenbekender, die sämtlich durch das Einbrechen der Polizei beendet wurden. Die angestellten Ermittlungen sind zur weiteren Veranlassung der Staatsanwaltschaft übergeben worden.

Freiberg. Eine amerikanische Millionen-erdshaf ist hierher geflossen. Die Geschichte soll wirklich wahr sein, wenn es auch unglaublich erscheint. Nicht weniger als 92 Mill. M. soll die Erdshaf betrugen, die einem Reichswehrsoldaten der Garnison Freiberg zugewiesen sei. Sozusatz Name des Glücksphilosophen wird genannt. Er will den Dienst quittieren und nach Amerika gehen.

Reichsrecht in der Zukunft des Reichsgerichts. Es gab zunächst einen Rückblick auf die frühere Rechtsprechung, betraf dann das Verhältnis der Miete vom Pacht und anderen Vertragsarten und befaßte sich dann eingehend mit dem Reichsmietengesetz, dabei den Geltungsbereich, die gesetzliche Miete beim Abschluß von Kauf- und Mietverträgen, die Auswertung, die Instandhaltung und Sammelheizung und die ausgewonnenen Räume behandelnd. Am dritten Weise besprach er anlässlich des Mieterschutzes mit seinen Übergangsbestimmungen, seinem ausschließlichen Gerichtsstand und den Ausnahmen, welche auch das Wohnungsmangelgesetz, hierbei die Abmilderungen der Gemeindebehörden, den Rechtszug und die Entschädigung für Schäden streitend. Der Redner beklagte sich auf die jüdische Seite, ohne seine persönliche Stellung bekanntzugeben. Nur am Schlus machte er unterlicher Bekanntung seiner Stellung als rechterlicher Beamter und seiner Unparteilichkeit in Mietfragen die Bemerkung, daß das Mieterschutzes nicht dem Ideal entspreche, dem jedes Gesetz nachstreben müsse, um seinen Zweck zu erfüllen, nämlich dem, wirtschaftlichen Recht zu schaffen und dem Rechtsgericht zu entsprechen. Er gab darauf einige kurze Beispiele, insbesondere das Künigensteck betreffend, und betonte, daß ein Volk zu genüge geben müsse, das sich nicht mit Verbauern auf die Berechtigkeit seiner Gesetze verlassen könne. Diese Ausführungen erweisen teilweise Widerspruch aus der Versammlung.

Jur Heidelberger Entscheidung im sozialdemokratischen Sachsenkonsort. Chemnitz, 27. September. Die Sozialdemokratische Partei des 16. Unterbezirks (Stadt Chemnitz und Umgegend) nahm am Freitag in einer überfüllten Versammlung den Bericht vom Heidelberger Parteidag entgegen. Nach ausführlichen Referaten der Delegierten Kuhnt, Bandgraf und Siegmuth und einer sehr ausgedehnten Diskussion, in der die Durchführung der Beschlüsse des Parteidages mit nur einer Abstimmung von allen Rednern gefordert wurde, wurden zwei Entschließungen angenommen. Die nachfolgende Resolution wurde in ihrem ersten Teil gegen 15 und in ihrem Schlusstteil gegen eine Stimme angenommen:

Die Parteidversammlung des 16. Unterbezirks, Bezirk Chemnitz-Erzgebirge, bildet die Entscheidung des Reichsparteitages in Heidelberg. Die Versammlung begrüßt insbesondere, daß der Parteidag im Sachsenkonsort eine Lösung gefunden hat, die den Beschluß des Berliner Parteidages noch stärker umsetzt und den Grundzügen und der Taktik der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands entspricht.

Die Versammlung erwartet nunmehr von allen Parteigenossen und Parteigenossen, besonders von den geschlossenen Landtagsfraktionen, den sächsischen Parteikontingenzen, den Organen des Bezirks und Unterbezirks sowie der Presse, daß diese Entscheidung des Parteidages in lokaler und kameradschaftlicher Weise durchgeführt und alle besonderen Auslegungsversuche zurückgewiesen werden.

Einstimmige Annahme fand die nachstehende Willensbildung:

Mit der Verabsiedlung vom Parteidag in den einzelnen Mitgliederversammlungen hat sich der Sachsenkonsort endgültig erledigt. Auch aus der Parteidversammlung hat der Sachsenkonsort in allen seinen Zusammenhängen zu verschwinden.

Sächsischer Sängertag.

Am Sonntag fand in Dresden der diesjährige Sächsische Sängertag statt, auf dem alle 16 sächsischen Sängerkünste vertreten waren. Der Vorsteher Bürgermeister Dr. Roth-Zeppelg dankte den Vereinheiten und besonders allen denen, die dazu beigetragen haben, daß das erste Sächsische Sängerbundfest in Dresden im Juni d. J. in so vorzülicher Weise verlaufen ist. Der Vorsitzende des Sängerbundes und der Geschäftsführer Paul Lieb legten darauf den Rechnungsbeschluß über das Sängertfest vor, der einstimmig genehmigt wurde. Damit betragen die Gesamteinnahmen des Festes 517585 M., denen an Ausgaben rund 617000 M. gegenüberstehen. Es wurden dann noch wichtige Beilehne für den Deutschen Sängertag in Nürnberg gesetzt.

Reichenbach. Auf dem Wege von Reichenbach nach Wilsdruf wurde die 51 Jahre alte Ehefrau Elise des Hausmanns Dieckhoff aus Reichenbach von einem Auto angeschlagen und tödlich verletzt.

Began. Über die Zusammensetze während des Deutschen Tages in Began am 12. und 13. d. M. meldet der Polizeibericht folgendes: Der Festzug am 13. September nebst anschließendem Fest auf dem Marktplatz nahm in der Haupftache einen ungünstigen Verlauf. Jedoch temporisierten in mehreren Hallen auswärtige Teilnehmer politisch Anderenende an. In einem Zolle wurde vor dem eigentlichen Festzug verdeckt, an einem Hause die republikanische Fahne zu defektieren. Das Vorhaben wurde durch polizeiliches Eingreifen verhindert. Im weiteren Verlauf des Nachmittags ereigneten sich zahlreiche schwere Zusammenstöße, insbesondere auch zwischen Polizei und auswärtigen Werwolfsgruppen. U. a. wurde an die Polizei das Ansuchen gestellt, eine rote Fahne zu besetzen. Als der Aufruhrer nicht stattgegeben

wurde, roteten sich vornehmlich Angehörige des Werwolfs zusammen, so daß die Straße geräumt werden mußte. Des weiteren war ein schärfes Eingreifen der Polizei aus Anlaß der Sicherung eines Angehörigen des Staatsheims notwendig, weil Angehörige der Verbände, insbesondere wiederum Werwolfsleute drohten, den vorläufig festgenommenen zu bestreiten. Die Räumung der Straße gelang erst, nachdem die Landespolizei mit aufgespanntem Seilengewehr vorgehen gezwungen war. Trotz dieses Eingreifens waren Anträge der Landespolizei durch Angehörige der bayerischen Verbände fort. Vollständige Ruhe trat im Zentrum erst nach dem Abmarsch der Hauptgruppen ein. Des weiteren war es notwendig, neben einem aufgehobenen ständigen Streifendienst ein dauerndes Kommando nach dem Bahnhof zu schicken. Auch hier waren die Beamten erheblichen Anstrengungen ausgesetzt. Daneben ereigneten sich eine Reihe Schlägereien zwischen den Angehörigen der Verbände und politisch Anderenbekender, die sämtlich durch das Einbrechen der Polizei beendet wurden. Die angestellten Ermittlungen sind zur weiteren Veranlassung der Staatsanwaltschaft übergeben worden.

Freiberg. Eine amerikanische Millionen-erdshaf ist hierher geflossen. Die Geschichte soll wirklich wahr sein, wenn es auch unglaublich erscheint. Nicht weniger als 92 Mill. M. soll die Erdshaf betrugen, die einem Reichswehrsoldaten der Garnison Freiberg zugewiesen sei. Sozusatz Name des Glücksphilosophen wird genannt. Er will den Dienst quittieren und nach Amerika gehen.

ist ein neuer Dammbruch eingetreten, so daß sich die Flut nunmehr ungehindert nach Süden ausbreitet. Man hofft, daß die Wasserströme durch den Kanal einen Abfluß nach dem Hochwasser seit 1887. Nach ausführlichen Schätzungen sind 1500 englische Quadratmeilen überschwemmt und zwei Millionen Einwohner von den Folgen betroffen. Wahrscheinlich zählen die Getrockneten nach heute eine Hilfslösung ins Werk.

Amtliche Devisenkurse.

Berlin, am 29. September 1925.

	Telegraphische Kur-	Reisekursen in Mark.
gelangten auf:	29.9. 29.9. 29.9. 29.9.	29.9. 29.9. 29.9. 29.9.
Konstantin. 1 Preis	100.69 100.69 100.69 100.69	129.11 129.11 129.11 129.11
Brasil. 100 Reais	1.000 1.000 1.000 1.000	18.24 18.24 18.24 18.24
Öst. 100 Kronen	82.75 82.75 82.75 82.75	82.90 82.90 82.90 82.90
Spanien. 100 Pesetas	103.02 103.02 103.02 103.02	100.10 100.10 100.10 100.10
Italien. 100 Lire	112.66 112.66 112.66 112.66	112.61 112.61 112.61 112.61
Japan. 100 Yen	10.563 10.563 10.563 10.563	10.56 10.56 10.56 10.56
Deutsch. 100 Mark	17.03 17.03 17.03 17.03	17.07 17.07 17.07 17.07
Ungarn. 1 P. Guld.	20.35 20.35 20.35 20.35	20.36 20.36 20.36 20.36
Itali. 1 Lira	4.156 4.156 4.156 4.156	4.156 4.156 4.156 4.156
Spanien. 100 Pesetas	19.87 19.87 19.87 19.87	19.91 19.91 19.91 19.91
Deutsch. 100 Mark	80.46 80.46 80.46 80.46	80.51 80.51 80.51 80.51
Spanien. 100 Pesetas	60.27 60.27 60.27 60.27	60.35 60.35 60.35 60.35
Itali. 100 Lire	21.075 21.075 21.075 21.075	21.121 21.121 21.121 21.121
Japan. 1 Yen	1.714 1.714 1.714 1.714	1.714 1.714 1.714 1.714
Ungarn. 100 Forint	0.585 0.585 0.585 0.585	0.586 0.586 0.586 0.586
Itali. 100 Lire	56.20 56.20 56.20 56.20	56.34 56.34 56.34 56.34
Ungarn. 100 Forint	5.835 5.835 5.835 5.835	5.885 5.885 5.885 5.885
Itali. 100 Lire	3.055 3.055 3.055 3.055	3.085 3.085 3.085 3.085
Ungarn. 100 Forint	60.57 60.57 60.57 60.57	60.92 60.92 60.92 60.92

Dresdner Preise für Rohstoffe (Sicht und

festgestellt durch das Statistische Amt der Stadt Dresden. Großhandelspreise (Preise in Meilenmar ab Bahnhof) am 28. September 1925:

	Großhandel	Rohstoff	Preis
Deutschland	30 kg von 2,00 M. bis 4,00	30 kg von 2,00 M. bis 4,00	
mit Südwürttemberg			
mit Sachsen-Anhalt			

